Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,40 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 114 / 43. Jahrgang × Mit der Beilage „Kraftverkehr im neuen Deutschland" Freitag, 17. Mai 1935

Stalin für Frankreichs Aufrüstung

Laval nach Warschau abgereist – Deutschfeindliche Kundgebungen in Prag – Begeisterter Empfang Mackensens in Budapest

Der Moskauer Schlußbericht

„Volles Verständnis" für den französischen Militarismus – Die neue Form des Ostpaktes

Der Besuch des französischen Außenministers in Moskau ist gestern beendet worden; am Abend ist Laval zur Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Marschall Pilsudski nach Warschau abgereist. Am Nachmittag wurde Laval noch eine große Flugzeugparade vorgeführt, und später nahm er an einer Ballettvorstellung der Oper teil. Von hier aus richtete er eine Rundfunkansprache an das russische Volk, in der er betonte, daß sein Besuch die Freundschaft zwischen Frankreich und Sowjetrußland besiegelt habe. Auch das amtliche Kommuniqué, das inzwischen ausgegeben wurde, betont das „freundschaftliche Vertrauen" zwischen den beiden Ländern. Weiter heißt es, daß die Bemühungen um die Sicherung des Friedens in einer Reihe von Staaten Unterstützung gefunden hätten. Und dann folgt der Satz, auf den die heutige Pariser Presse ganz besonderes Gewicht legt:

„Gerade im Interesse der Friedenswahrung sind diese Staaten verpflichtet, die Mittel der Landesverteidigung nicht herabzumindern. Stalin hat sein volles Verständnis für die Bestrebungen Frankreichs ausgesprochen, einen Rüstungsstand zu erreichen, der den Notwendigkeiten seiner Sicherheit entspricht."

Damit hat also Stalin seine Billigung für die Fortsetzung der französischen Aufrüstung erklärt, und er hat zugleich seine Mißbilligung für die antimilitaristische Propaganda in Frankreich, wie sie besonders von den französischen Kommunisten bisher getrieben wurde, ausgesprochen. Dieser Vorgang ist in der gesamten Politik Sowjetrußlands einzigartig, und er lehrt deutlicher als alles andre, wie stark die militärischen Absichten sind, die Frankreich und Rußland zusammen haben. Auch die Pariser Presse läßt deutlich die Tragweite des französisch-sowjetrussischen Militärbündnisses erkennen.

Im zweiten Teil des Kommuniqués heißt es dann: „Es wurde besonders anerkannt, daß der Abschluß des gegenseitigen Beistandspaktes zwischen Sowjetrußland und Frankreich in keiner Weise die Bedeutung schmälert, die die unaufschiebbare Verwirklichung eines Regionalpaktes in Osteuropa bietet, der die ursprünglich hierfür vorgesehenen Staaten auf der Grundlage von Verpflichtungen vereinigen würde, die auf den Nichtangriff, die Beratung und die Nichtunterstützung des Angreifers abzielen. Beide Regierungen werden sich mit vereinten Kräften zu diesem Zwecke für die Ausgestaltung des geeigneten diplomatischen Verfahrens weiterhin einsetzen."

In diesen Sätzen über den Ostpakt verdient es besondere Beachtung, daß nicht mehr von der Verpflichtung der vorgesehenen Vertragspartner zu gegenseitiger militärischer Unterstützung gegen einen Angreifer die Rede ist. Damit soll offenbar den von Deutschland und Polen geäußerten Hauptbedenken Rechnung getragen werden, und die Pariser Presse spricht in diesem Zusammenhang daher auch von einer „neuen Einladung an Deutschland und Polen". In Moskau verlautet sogar, daß man bereit sei, auch dem Wunsche Polens entgegenzukommen, nach dem die Tschechoslowakei an diesem Ostnichtangriffspakt unbeteiligt bleiben solle. Laval wird seinen neuen Aufenthalt in Warschau zweifellos dazu benutzen, um diese Fragen weiter zu klären und Polen für die neue Form des Ostpaktes zu gewinnen. Welche weiteren Schritte dann noch unternommen werden, kann man in aller Ruhe abwarten.

Die militärische Zusammenarbeit

Zwei französische Regimenter sollen die Sowjetunion besuchen

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 16. Mai

Die regierungsfromme Pariser Presse schießt heute wahre Freudenfeuerwerke ab über das Ergebnis von Moskau. Es sei einfach „außerordentlich", erklärt der „Petit Parisien", daß der „bolschewistische Papst" Stalin „die antimilitaristische Propaganda der französischen Kommunisten verboten" habe. Es sei dies um so bemerkenswerter, fügt Pertinax im „Echo de Paris" hinzu, als es zum erstenmal offiziell geschehe und als Stalin auch zum erstenmal persönlich die Verantwortung für dieses Versprechen übernommen habe. Damit sei Rußland endgültig gebunden. Einige Blätter der heutigen Morgenpresse allerdings, wie der „Jour" und das „Journal" halten es für „wenig ehrenvoll", ja sogar für „unerträglich", daß Frankreich in Moskau um die Genehmigung seiner Militärpolitik habe betteln müssen. Rußland habe doch schließlich kein Aufsichtsrecht. Außerdem müsse man abwarten, ob die Russen wirklich Wort halten, denn das hätten sie bisher weder gegenüber England noch gegenüber Deutschland getan.

Interessant ist es, daß der marxistische „Populaire", der als Organ der marxistischen Partei im Bündnis mit den Kommunisten steht, den Propagandaverzicht Stalins als einen Verstoß gegen die Abmachungen von 1924 bezeichnet. Damals bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen habe Rußland sich verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einzumischen. „Das Kommuniqué von Moskau stellt aber eine Intervention, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs dar, wobei allerdings diese Einmischung von dem französischen Außenminister Laval selbst gefordert und von Stalin zugegeben wurde. Stalin erklärt, daß die bürgerliche französische Regierung recht hat mit ihrer Organisation der Landesverteidigung. Wer gegen die zweijährige Dienstzeit in Frankreich auftritt, wird also von den Sowjetführern, von der bolschewistischen Partei und von der Dritten Internationale desavouiert."

Wie der „Petit Parisien" berichtet, soll die künftige Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Rußland sofort durch einen Austausch von Offizieren der französischen und der russischen Armee organisiert werden. Pertinax weiß im „Echo de Paris" sogar zu melden, daß noch in diesem Sommer zwei ganze Regimenter der französischen Armee nach Rußland geschickt würden, um die Verbindung mit der Roten Armee zu verwirklichen. Auch würden bald die Verhandlungen zwischen den Generalstäben beginnen.

Im übrigen unterstreicht der „Petit Parisien" noch besonders jene Stelle im amtlichen Kommuniqué, die „eine unverblümte Einladung an Deutschland und Polen zur Teilnahme an der Sicherheitsorganisation in Osteuropa darstellt". In Paris hofft man dabei, daß man mit Polen rasch zur Einigung kommen werde.

Weiter wird halbamtlich von französischer Seite mitgeteilt, daß die russisch-tschechischen Paktverhandlungen zum Abschluß gekommen sind. Der russisch-tschechische Vertrag soll noch heute in Paris paraphiert und dann in der nächsten Woche in Genf unterzeichnet werden.

Litwinow Ende Mai in Paris

× Moskau, 16. Mai

Wie von sowjetrussischer offiziöser Seite mitgeteilt wird, ist der Gegenbesuch des Außenkommissars Litwinow in Paris nunmehr beschlossen worden. Litwinow werde Ende Mai in Paris erwartet. Er wolle mehrere Tage in der französischen Hauptstadt bleiben, um die politischen Verhandlungen, auch die über den Ostpakt, fortzusetzen.

Andern Informationen zufolge wird gleichzeitig eine bedeutende Persönlichkeit der Roten Armee und Marine nach Paris reisen, um mit den französischen militärischen Kreisen, besonders mit dem französischen Generalstab, Verbindung aufzunehmen.

Nach der Rede Mussolinis

Italienische Presseangriffe gegen England

Telegramm unsres Korrespondenten

v Rom, 16. Mai

Die Senatsrede Mussolinis wird heute von der italienischen Presse ausführlich kommentiert. Die Zeitungen sparen dabei nicht mit mehr oder minder versteckten Angriffen gegen England. So erklärt das halbamtliche „Giornale d'Italia", es sei merkwürdig, daß ausgerechnet britische Stimmen sich über die militärische Schwächung Italiens in Europa als Folge der Truppenentsendungen nach Ostafrika beschwerten. Denn England selbst habe es bis heute abgelehnt, Bindungen zur Aufrechterhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent einzugehen. Italien werde die große Stellung des Ausgleichs und der Kontrolle in Europa halten, die ihm zukomme. Im übrigen sei gerade England im Laufe seiner Kolonialgeschichte niemals vor bewaffnetem Eingreifen zurückgeschreckt, wenn es seine Interessen verlangten, beispielsweise im Burenkrieg, obwohl die Buren einen viel größeren Zivilisationsgrad erreicht hätten als die Abessinier. In sehr scharfer Form spricht die römische „Tribuna" die italienische Auffassung aus, daß es sich bei einem eventuellen Feldzug gegen das äthiopische Kaiserreich um ein koloniales Unternehmen, nicht aber um einen Krieg gegen einen gleichberechtigten Staat handele.

Aus weiteren Ausführungen der „Tribuna" geht klar hervor, daß Italien nach wie vor den Völkerbund nicht als Schiedsrichter in seinem Streit mit Abessinien anerkennen, sondern den Konflikt mit Abessinien allein und selbständig entscheiden will. Jedoch kann die Meldung, daß Italien für den Fall, daß sein Streitfall mit Abessinien vom Völkerbund behandelt werden sollte, seinen Austritt aus der Genfer Institution erklären würde, als zumindest verfrüht bezeichnet werden.

London erinnert an die Verträge

Englands Botschafter in Rom nach London berufen

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 16. Mai

Englands Bemühungen um eine friedliche Lösung des italienisch-abessinischen Konfliktes haben, wie die Blätter heute melden, zur Berufung des englischen Botschafters in Rom, Sir Eric Drummond, nach London geführt. Er wird morgen hier eintreffen, um, wie es heißt, dem Kabinett einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Lage zu erstatten und es der Regierung zu ermöglichen, ihre Haltung in den kommenden Völkerbundsratsverhandlungen festzulegen. Jedenfalls scheint England nicht gewillt, sich selbst oder den Völkerbund ausschalten zu lassen. Daß Mussolinis Warnung an die Mächte, sich nicht in seinen Konflikt mit Abessinien einzumischen, hier keinen großen Eindruck gemacht hat, geht auch aus einem von der „Times" zu diesen Thema veröffentlichten Leitartikel hervor.

In diesem Leitartikel wird einleitend betont, daß Mussolinis Rede leider nicht die Mäßigung gezeigt habe, auf die alle Welt gehofft habe. Weder England noch Frankreich hätten zur Zeit die Absicht, die von Mussolini abgelehnte diplomatische Aktion zu unternehmen, wie sie auch nicht die Absicht hätten, Abessinien zum Widerstand gegen Italien zu ermutigen. Nichtsdestoweniger sei ein diplomatischer Meinungsaustausch im Gange, denn

England und Frankreich hätten auf Grund bestehender Verträge einschließlich der Völkerbundssatzung das Recht und auch die Pflicht, mit Italien über diese Frage zu beraten.

Die „Times" betonen, daß die von beiden Seiten, besonders aber von Italien, getroffenen Kriegsvorbereitungen in gar keinem Verhältnis zu dem ursprünglichen Grenzzwischenfall stünden. Abschließend weist das Blatt darauf hin, daß sowohl Italien wie Abessinien unter den bestehenden Verträgen verpflichtet seien, jede Gewaltanwendung zu vermeiden, und daß besonders Italien durch den Vertrag vom Jahre 1906 ausdrücklich daran gebunden sei, den Status quo nicht ohne vorherige Beratung mit England oder Frankreich zu ändern. In dem vorliegenden Falle habe Italien keine Schritte unternommen, um mit England oder Frankreich eine Verständigung herbeizuführen. Es dürfe nicht dem leisesten Zweifel unterliegen, daß

die Ueberzeugung, Italien beabsichtige gegen ein andres Völkerbundsmitglied Krieg zu führen, die Freundschaft mit Italien schwer belasten würde.

Die baldige Beilegung dieses Konflikts sei für Europa ganz besonders wichtig. In einem Brief an die „Times" erklärt Lord Cecil, ein abessinischer Angriff auf Italien würde Wahnsinn sein, und ein italienischer Einmarsch in Aethiopien sollte angesichts der Beschlüsse von Stresa als unmöglich betrachtet werden. In dieser Entschließung hätten die drei Stresa-Mächte als ihr Ziel die kollektive Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes bezeichnet und sich gegen eine einseitige Verletzung der Verträge ausgesprochen.

Diese Grundsätze müßten im Streit zwischen Italien und Abessinien dieselbe Gültigkeit haben, wie in dem unlängst gegen Deutschland verhandelten Fall.

Es sei unmöglich, im Norden Achtung vor dem Kollektivsystem zu fordern und sich im Süden darüber hinwegzusetzen. Die Verletzung (die übrigens nicht von Deutschland ausging! — D. Schriftltg.) von Teil V des Versailler Vertrages könne nicht verurteilt werden, wenn nicht dieselbe Unverletzlichkeit für Teil I des Versailler Vertrages (Völkerbundssatzung) anerkannt werde.

Der tschechoslowakisch-sowjetrussische Pakt unterzeichnet

× Prag, 16. Mai. (Durch Funkspruch)

Am Donnerstag kurz nach 13 Uhr wurde im Außenministerium der tschechoslowakisch-russische Hilfeleistungspakt unterzeichnet. Für die Tschechoslowakei unterzeichnete der Minister des Aeußern, Dr. Benesch, für die Sowjetunion der hiesige sowjetrussische Gesandte Alexandrowski den Vertrag.

Marschall Pétain auf der Durchreise in Berlin

× Berlin, 16. Mai

Auf der Durchreise nach Warschau, wo er bei den Trauerfeierlichkeiten die französische Regierung vertritt, ist Donnerstag morgen um 8.45 Uhr Marschall Pétain in Berlin eingetroffen. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße wurde er vom französischen Botschafter François-Poncet erwartet. Im Auftrage des Führers und Reichskanzlers und des Reichswehrministers v. Blomberg war General v. Reichenau erschienen, um den Marschall zu begrüßen und ihm seinen Wagen zu einer kurzen Rundfahrt durch Berlin zur Verfügung zu stellen. Marschall Pétain verweilte bei der Rundfahrt kurze Zeit im Ehrenmal. Um 10 Uhr trat er die Weiterreise an.

SLUB
Wir führen Wissen.